

„Mehrsprachigkeit

zu fördern,

ist ein

gesellschaftliches

Muss“



Foto: Miriam Höbner

Nur Spione müssen perfekt Deutsch sprechen, um nicht aufzufallen“, meinte der Sprachwissenschaftler **Rudolf de Cillia** schon 2014 im Gespräch mit Martin Schenk auf Okto-TV. Die Diskussion um Deutschkenntnisse sowie die negative Konnotation des Begriffs Mehrsprachigkeit hält bis heute an. **Romana Beer** sprach mit dem Professor i. R. für Angewandte Linguistik und Sprachlehrforschung über Sprachen mit geringem Prestige, die Kommunikation mit den Großeltern und den Bedarf an mehrsprachigen Menschen.

[Es gibt immer wieder die Forderung, andere Sprachen als Deutsch auf dem Schulgelände zu verbieten. Ist eine Deutschpflicht in der Pause, wie sie etwa die oberösterreichische Landesregierung unlängst durchsetzen wollte, überhaupt zulässig?](#)

Eine Deutschpflicht in der Pause ist nicht zulässig. Seit 2010 die ersten Fälle aufgetreten sind, ist das ein Dauerbrenner. Im März 2015 gab es dann einen Fall in Mödling mit riesigem Medienecho: Die Vienna Business School hatte ein Schreiben mit dem Titel „Amtssprache Deutsch“ an alle Schüler und Schülerinnen herausgegeben. Darin hieß es, dass „aufgrund eines interkulturellen Konflikts mit dem Reinigungspersonal im gesamten

Schulhaus und auch in den Pausen nur die Amtssprache Deutsch eingesetzt werden darf“. Das Verbot gelte auch für Telefonate: Wenn Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern nur in einer anderen Sprache kommunizieren könnten, dann müsse das in einem Bereich der Schule stattfinden, „in dem sich keine anderen Personen aufhalten, die sich auf irgendeine Art beleidigt fühlen könnten“. Das ist völlig absurd. Sowohl das Bildungsministerium als auch der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts sagen: Das ist nicht zulässig. Es gab damals eine parlamentarische Anfrage, die die Bildungsministerin damit beantwortete, dass „das Festlegen von Deutsch als einziger außerhalb des Unterrichts in der Schule zulässiger Sprache bzw. das Verbot einer bestimmten

oder mehrerer bestimmter Sprachen im Rahmen von Hausordnungen“ ein Widerspruch zur Achtung des Privat- und Familienlebens gemäß Menschenrechtskonvention und Bundesverfassungsgesetz über die Rechte des Kindes sei. Trotzdem hat die FPÖ Oberösterreich innerhalb von ein paar Jahren sechs oder sieben Mal denselben Antrag gestellt. Sie konnte ihn aber nicht durchsetzen, weil es eben Bundessache und nicht zulässig ist.

[In Frankreich war Bretonisch bis 1951 als Pausensprache verboten. Es gab Aushänge in den Schulen, auf denen stand: „Es ist verboten auf den Boden zu spucken und Bretonisch zu sprechen.“ Welche Botschaft wird Kindern damit vermittelt?](#)

Auf den Boden spucken und Bretonisch sprechen zu verbinden, ist eine unerhörte Herabwürdigung und ein Angriff auf die Identität und Persönlichkeit eines Menschen. Wenn ein Kind Bretonisch sprach, hat man ihm Eselsohren aufgesetzt. Und dieses Kind hat dann geschaut, dass es das nächste erwischt, denn dann durfte es die Eselsohren weitergeben. Wer am Ende des Schultages die Eselsohren hatte, musste nachsitzen. Diese Bestrafung hat es in Frankreich sehr lange gegeben. Auch in Österreich war in der NS-Zeit slowenisch sprechen in der Schule verboten. Was die Kommunikation betrifft, ist die Folge eines Verbots der Erstsprache Schweigen. Was die Persönlichkeit betrifft, ist es ein massiver Angriff: Wenn ein Kind im Kindergarten oder in der Schule erfährt, dass die Sprache, die es zu Hause spricht, die die Eltern sprechen, nichts wert sei, dann hat das verheerende Folgen für die Persönlichkeit.

[Schulen in Migrationsgesellschaften wie Österreich sind ja mehrsprachige Orte. Warum wird diese Mehrsprachigkeit in der Politik und in den Medien immer wieder thematisiert und warum ist sie gerade im Bereich Schule meist negativ konnotiert?](#)

Dabei geht es um Minderheitensprachen, um Zuwanderersprachen, um Sprachen mit geringem Prestige. Die Sprache, die ein Kind spricht, wird oft mit dem geringen sozioökonomischen Status der Eltern verwechselt. In den letzten Jahrzehnten hat die Ablehnung der migrationsbedingten Mehrsprachigkeit deutlich zugenommen. Anfang der 1990er Jahre gab es ein Volksbegehren der FPÖ, das nicht zufällig „Österreich zuerst“ hieß. Damals hat das noch eine Viertelmillion Menschen auf den Heldenplatz gebracht, um dagegen zu protestieren. Die FPÖ hat damit angefangen: „Man muss von den Menschen verlangen, dass sie Deutsch lernen. Wenn die Kinder zuhause ihre Muttersprache sprechen, dann lernen sie nicht Deutsch.“ Alle diese Vorurteile wurden damals von rechten politischen Kreisen propagiert. Seither sind sie zunehmend in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mittlerweile ist auch die Mindestsicherung an Deutschkenntnisse gebunden. Das ist eine Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, die mit der Entwicklung des

Rechtspopulismus zusammenhängt und damit, dass diese Forderungen aufgrund zunehmender rechtspopulistischer Tendenzen auch in der Mitte der Gesellschaft salonfähig geworden sind. Man versucht, auf Kosten von Minderheiten und Minderheitensprachen Wählerstimmen zu lukrieren. Und aufgrund der Tatsache, dass es in den letzten zwanzig Jahren keinen klaren Widerstand dagegen gab, dass – im Gegenteil – diesen Forderungen immer mehr entgegengekommen wurde, sind wir jetzt in einer Situation, in der der vorherrschende Diskurs sich gar nichts mehr anderes vorstellen kann, als dass Menschen, die aus anderen Ländern mit anderen Sprachen zugewandert sind, sich über kurz oder lang assimilieren und ihre Muttersprache aufgeben.

[Wie kann eine Schule wertschätzend mit den sprachlichen Ressourcen, die Kinder mitbringen, umgehen?](#)

Es ist wichtig, dass Kinder die Möglichkeit haben, in den jeweiligen Familiensprachen literalisiert und sozialisiert zu werden, damit nicht nur die Bildungssprache Deutsch, sondern auch die Erstsprache weiterentwickelt wird. Eines ist klar: Für den Bildungserfolg in Österreich ist eine sehr gute Beherrschung der Bildungssprache Deutsch Voraussetzung. Nur in bilingualen Schulformen gibt es eine Garantie, dass beide Sprachen möglichst gut beherrscht werden, zum Beispiel im Slowenischen Gymnasium/Slovenska Gimnazija in Klagenfurt/Celovec und im zweisprachigen Gymnasium in Oberwart/Felsőőr/Borta. Und das ist eigentlich der Idealfall. Dabei handelt es sich aber um die autochthonen anerkannten Minderheiten, deren Rechte beinhalten, dass sie solche Schulformen haben. Für Türkisch, Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Albanisch und andere Sprachen gibt es diese Möglichkeit leider nicht. Zumindest sollte den Kindern aber Wertschätzung für ihre Sprachen vermittelt werden: Schon im Kindergarten durch Bezugspersonen wie interkulturelle Mitarbeiterinnen, die ihre Sprache repräsentieren. Oder durch muttersprachliche Betreuerinnen, die dem Kind vermitteln, „die Sprache, die du sprichst, ist genauso wichtig“, und die mit ihnen auch Sprachförderungseinheiten machen. In den Schulen muss das Angebot des muttersprachlichen

Unterrichts möglichst weitgehend vorhanden sein. Ich glaube, dass es ein elementares Menschenrecht gibt, in der Sprache der Familie, der Eltern, der Großeltern, literalisiert zu werden. Auch um einen Zugriff auf die Herkunftskultur, auf Literatur und Filme zu haben. Und um mit den Großeltern, die vielleicht die Sprache des Aufnahmelandes nie gelernt haben, kommunizieren zu können.

[Im Zusammenhang mit der geforderten Deutschpflicht kommt oft das Argument, Kinder lernen nicht gut Deutsch, wenn sie zu viel in ihrer Erstsprache kommunizieren. Wie ist diese Aussage aus linguistischer Sicht zu beurteilen?](#)

Eine solide erstsprachliche Bildung ist wichtig für einen soliden, gelungenen Zweitspracherwerb. Alle bildungswissenschaftlichen Befunde und alle Spracherwerbsbefunde weisen in diese Richtung. Man kann es metaphorisch auch so darstellen: Die Spracherwerbsfähigkeit eines Menschen ist nicht teilbar. Es gibt nicht ein Kastl für Türkisch, eines für Deutsch und eines für Englisch. Von der Förderung der Erstsprache profitiert auch die Zweitsprache und jede weitere Fremdsprache, die man lernt. Wenn Kinder auf ihr gesamtes sprachliches Repertoire zugreifen können, können sie auch in anderen Fächern wesentlich besser lernen. Etwa wenn ein Kind einem anderen Kind ein kompliziertes Mathematikbeispiel in der gemeinsamen Erstsprache erklärt. Man muss alle sprachlichen Fähigkeiten im Unterricht zulassen, weil es den Lernprozess fördert – und eben nicht behindert. Die Vorstellung, man lerne nur dadurch Deutsch, dass man Deutsch redet, ist ein Kurzschluss. Man darf außerdem nicht vergessen, dass wir in einer mehrsprachigen Gesellschaft leben, in der ein sehr nachhaltiger Bedarf an gut ausgebildeten zwei- oder mehrsprachigen Menschen existiert. Die braucht man überall: bei der Polizei, im Krankenhaus, in der Pflege, in den Kindergärten und in den Schulen. Diese Art von Mehrsprachigkeit zu fördern, ist ein gesellschaftliches Muss. Es nicht zu tun, ist eine gesellschaftliche Nachlässigkeit.

Romana Beer ist freie Journalistin mit den Schwerpunkten Schule, Bildungspolitik und Sprache in Politik und Medien. Sie studierte Angewandte Linguistik am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien.